

VERANTWORTUNG ODER GESINNING

Antwort auf aktuelle Parteivorwürfe

Der von vielen unabhängigen Wählergruppen 1978 erstmals bayernweit organisierte Gedanke einer parteifreien Politik ist heute so erfolgreich und populär, dass sich immer mehr kommunale Parteilisten überparteilich nennen. Ebenso ungeniert schmücken sie sich mit dem Label „Freie Wähler“, ohne unabhängig zu sein. Widersprüche scheinen sie dabei zu verdrängen. Der dramatische Mitgliederchwund der großen Volksparteien CDU / CSU und SPD von 40 % in den letzten Jahren erklärt diesen Griff nach einem scheinbaren Erfolgsrezept. Adressat dieser Scharade ist unverkennbar der Patient Wähler. Der zeigt heftige Sehnsucht nach Überparteilichkeit und sachlichen Lösungen, getrieben von einer tiefen Politiker- und Parteienverdrossenheit.

Bei der Geburtsstunde des Originals der Freien Wähler stand die Suche nach einer Kommunalpolitik Pate, die schon im ersten Werbeslogan der Freien Wähler ihren Ausdruck fand:

unabhängig, sachbezogen, bürgernah

Das Motto war gleichzeitig Bekenntnis und Aufforderung an alle, bei der Gestaltung ihrer Heimatgemeinde mitzuwirken. Als Triebfeder der Gründung wirkte vor allem die Sehnsucht nach einer anderen Kommunalpolitik, frei von Parteiprogrammen, frei von Direktiven abgehobener Parteizentralen und ihren Spin-Doctors, nur geleitet von Sorgen und Erfahrungen, sowie dem Gewissen unabhängiger Kommunalpolitiker. Die Gründungs- und Beitrittsversammlungen von Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden haben in den Anfängen lebhaft Diskussionen über das Profil einer FW-Organisation ausgelöst. Dabei haben sich statt eines starren Programms folgende Anforderungen herauskristallisiert:

Diese Vorstellungen waren nicht nur zufällig deckungsgleich mit den Vorstellungen des Soziologen Max Weber von den Eigenschaften, die einen Ideal-Politiker auszeichnen sollten. Ergänzt wurden sie durch den nicht gerade geringen Erfahrungsschatz lang gedienter unabhängiger Kommunalpolitiker.

1. Leidenschaft

Um sich für etwas einsetzen zu können, müssen Emotionen vorhanden sein. Im Korsett von Parteiprogrammen und Karriereängsten muten Berufspolitiker heute oft als emotionslos, ja bisweilen sogar beliebig an, zumal wenn sie glauben, parteiprogrammatische Leitsätze vertreten zu müssen. Leidenschaft überzeugt nur, wenn sie von Sachlichkeit getragen ist. Sie muss im Dienst einer Sache stehen und darf nicht in sterile Aufregungen oder gar persönlichen Eitelkeiten münden und damit vorrangig der eigenen Karriere

dienen. Für alle Politiker gleich welcher Ebene ist Eitelkeit eine der großen Verführungen, zumal sie Sachbezogenheit und Distanz sich selbst gegenüber verschwinden lässt.

2. Augenmaß

Eine unabdingbare Charaktereigenschaft des Politikers ist das Augenmaß, das sich besonders an der Besonnenheit, ja Umsicht ablesen lässt, die schon in dem lateinischen Sprichwort (respice finem) „bedenke das Ende“ steckt und das die Bundeskanzlerin heute mit der Forderung interpretiert „die Sache vom Ende her zu denken“. Beim Atomausstieg sprach sie von einem „Ausstieg mit Augenmaß“. Vor dem Hintergrund der Fehlentwicklungen forderte Peer Steinbrück eine Wirtschaft mit Leidenschaft und Augenmaß. Viele Bürger aber vermissen heute in der aktuellen Erregungspolitik das nötige Augenmaß bei den Entscheidungen. Zu oft werden nach ihrem Empfinden Gewissenshürden übersprungen nach dem Motto „der Zweck heiligt die Mittel“. Zu oft dienen als Kompass eher Illusionen statt zukunftssträchtiger Visionen. Man hat den Eindruck, dass Machtpolitik, Lobbyismus und Eigeninteressen dominieren, wenn Entscheidungen mit „Alternativlosigkeit“ begründet werden. Auch die häufige Berufung auf die Legalität solcher Entscheidungen bemäntelt allzu oft die hartnäckige Weigerung der Politik eingefahrene Missstände zu ändern, nur um den Machterhalt zu sichern.

3. Verantwortung

In seiner am 25.01.1919 vor Münchner Studenten unter dem Eindruck der Staatskrise in Zeiten der Münchner Räterepublik gehaltenen Rede hat Max Weber Verantwortung als oberste Maxime jeden Politikerhandels gefordert. Das ist heute mit der Forderung gleichzusetzen, in politischen Auseinandersetzungen nicht einer Ideologie vor dem politisch Vertretbaren den Vorzug zu geben. Politisches Handeln muss sich im Hinblick auf die vorhersehbaren Folgen zuerst an der Verantwortung orientieren. Schon hier wird ein Konflikt sichtbar, der die deutsche Politik seit einem Jahrhundert durchzieht und Politiker vor zwei grundverschiedene und gegensätzliche Maximen stellt:

Politisches Handeln kann gesinnungsethisch oder verantwortungsethisch orientiert sein. Dabei ist Gesinnungsethik nicht unbedingt mit Verantwortungsethik und Verantwortungsethik mit Gesinnungsethik identisch. Aber es ist ein abgrundtiefer Gegensatz, ob man unter der gesinnungsethischen Maxime handelt oder der verantwortungsethischen Maxime, wonach man für die vorhersehbaren Folgen aufzukommen hat. Alt-Bundeskanzler

Helmut Schmidt hat sich 2007 in Tübingen in seiner beachtenswerten Weltethosrede klar positioniert.

„In Verantwortung steckt das Wort Antwort. Es muss also der Politiker antworten. Für mich ist nicht das Wahlvolk die letzte Instanz. Für mich bleibt das eigene Gewissen die oberste Instanz, vor der ein Politiker sich zu verantworten hat.“

Ein erstaunliches Bekenntnis für einen profilierten Parteipolitiker in der Zwangsjacke steter Wahlumfragen. Nicht anders ist die aktuelle Position der Kanzlerin zu werten, wenn sie bei der Flüchtlingspolitik nicht bereit ist, sich ausschließlich nach Wählerumfragen zu richten. Diese Verantwortungsethik sollte bei allen politischen Entscheidungen den Ausschlag geben. Hinter dem FW-Logo „sachbezogen“ stand und steht nichts anderes, als das Versprechen, verantwortungsvoll seinem Gewissen in Anlehnung an die gegebenen Sachwänge zu folgen. An den Kriterien Leidenschaft, Augenmaß und Verantwortungsgefühl haben die Freien Wähler Bayerns seit 1978 versucht, ihr politisches Tun und damit auch ihr Schicksal auszurichten. Bewusst haben sie bis heute Fraktionszwänge im kommunalen Bereich abgelehnt, um eben ihrem Gewissen und damit auch ihrer Verantwortung folgen zu können.

4. Wahrheit

Diesem Weg folgt notgedrungen die Verpflichtung zur Ehrlichkeit und damit zur **Wahrheit**. Machiavellis zynischer Hinweis, dass gerade jene Politiker etwas Bedeutendes leisten, die es verstehen, die Köpfe der Menschen mit Verschlagenheit zu verdrehen, dominiert leider bis heute eine Parteipolitik, die allzuoft von Machterhalt und Machterwerb getragen scheint. Besonders glitzernde Irrlichter am populistischen Firmament werden bisweilen in Bayern gezündet, auch wenn

sie zu den Realitäten in krassem Widerspruch stehen. So waren oder sind Kfz-Maut, H10 Regelung der Windkraft, Betreuungsgeld oder stets wechselnde Positionen zur Asylpolitik absehbar zum Scheitern verurteilt, weil sie entweder an der Realität oder an der Rechtslage scheitern. Derlei Initiativen befriedigen vielleicht die Stammtische, für den Rest der Bürger kommen sie als Zumutung an die eigene Intelligenz daher. Jenseits aller bajuwarischen Befindlichkeiten ist die Reaktion der Mehrzahl der Bürger deshalb kaum noch zu übersehen. Selbst die geduldigsten Wähler verlieren die Lust am Wählen, weil sie nicht mehr ernst nehmen können, was ihnen die politische Klasse zumutet. Die daraus resultierende Verdrossenheit gilt nicht der Politik,

Politisches Handeln muss sich im Hinblick auf die vorhersehbaren Folgen zuerst an der Verantwortung orientieren.

sondern mehr denn je den Politikern. Der hohe Zuspruch für Parteirebellen, Bürgerinitiativen, sporadische Zusammenschlüsse und das rasante Entstehen immer neuer Parteien bestärkt diese Einschätzung. Die Zeiten, als die Landschaft für die Volksparteien fest zementiert schien, sind längst dem Phänomen der europäischen Postdemokratien gewichen. Diese Entwicklung kann auch der brutalste Populismus auf Dauer nicht aufhalten. Der spürbare Zynismus, der uns in dieser Politik begegnet, verstärkt den Trend des Wählerschwunds. Seit der Antike galt der geflügelte Satz, wonach die Welt getäuscht sein will. Im Informationszeitalter mit seinem Zugang zu allen politischen Entwicklungen allerdings reagiert eine ent- und getäuschte Wählerschaft unverkennbar mit Abwendung. Unbeeindruckt handeln viele Politiker aber nach dem Motto „weiter so“. Sie reden in der Pose der Macher, stets positiv und schönfärbend. Dabei säen sie trügerisch die Hoffnung auf eine Politik, die sie nicht einlösen und auch nicht einlösen können.

Um nicht missverstanden zu werden, zynisch heißt nicht, dass Politik keine perfekten Lösungen anbieten kann. Zynisch heißt, dass sie in Wahrheit die Probleme nicht auf deren Augenhöhe angeht und stattdessen tabuisiert, ausklammernd umgeht oder sie gar bewusst mangelhaft löst. Dem um sich greifenden Selbstzweifel und dem Zynismus auf allen politischen Ebenen haben die Freien Wähler seit jeher ihre Mitmachmentalität entgegen gesetzt.

5. Optimismus

Die Freien Wähler verstehen sich als Anhänger einer optimistischen Gesinnung gegen den politischen Abgesang und gegen die Umfragen von ¾ der Deutschen, die glauben, dass Politik nicht fähig sei, den Bedrohungen einer globalen Gesellschaft zu begegnen und Lösungen zu finden. Dem setzen die Freien Wähler in der Kommune, der kleinsten politischen Einheit unserer Demokratie, optimistisch ihre Mitmachmentalität entgegen.

Dieser Optimismus ist das Gegenprogramm zu Nietzsches ausgerufenem Pessimismus, der ganze Generationen in Ideologien hat flüchten lassen vom Marxismus über den Sozialismus in den Nationalismus. Alle haben sich unter entsetzlich traumatischen Erfahrungen schnell verbraucht und als untauglich erwiesen. Heute dagegen entstehen immer wieder neue Bürgerbewegungen, die einem erstaunlichen Optimismus entspringen. So gibt es Bürger, die mit einer Akribie Müll trennen, die angesichts der vielen Umweltsünden kaum noch verständlich ist. Tausende von Bürgern begegnen einer skeptisch beäugten Flut von Asylanten mit einer Willkommenskultur, die beispielhaft ist.

Mut ist das Privileg der Demokratie.

Es gibt Urabstimmungen in Parteien, Menschen, die Lichterketten bilden gegen Fremdenhass, gegen Nationalismus, die für Ideale protestieren und dumpfen Xeno-Phobien ihr persönliches Engagement entgegensetzen. Bisweilen ist dieser Optimismus unerklärlich, vielleicht auch grundlos. Aber so hoffnungslos wie bei Martin Luther ist er allemal, der kurz vor dem Weltuntergang sein Apfelbäumchen pflanzen wollte.

6. Kritik

Dieser Optimismus ist nur mit einem fast grenzenlosen Hoffnungs- und Vertrauenspotenzial erklärbar. Aus der gleichen Quelle speist sich aber auch die Bereitschaft zur scharfen Kritik. Sie sollte nicht zersetzend sein,

aber demokratisch und eine sekuläre Tugend ist sie allemal. Sie gilt als Rezept gegen resignierende Realpolitiker und ist Ausdruck kritischer Wachsamkeit gegenüber den Populisten, wie sie heute in der etablierten Politik und vor allem in den neuen Parteien anzutreffen ist.

Kritische Haltungen sind weder zynisch noch eine Absage an das Gemeinwesen, sondern Reaktion auf einen ungesunden Zustand ebenso wie der Ungehorsam gegenüber falschen Autoritäten.

Die Freien Wähler wollten von Anfang an als politisch tätige Bürger und damit Sachverständige für ihre eigene Heimatregion und die Daseinsvorsorge in ihren Kommunen wahrgenommen werden. Wegen dieser Programmatik werden sie auch heute noch trotz aller Erfolge als Träumer gescholten. Vollmundige Ankündigungen der etablierten Parteien, sie würden die Freien Wähler überflüssig machen, zeugen von einer kaum nachvollziehbaren parteipolitischen Arroganz. Sie belegen, dass die Kernursachen der Erfolge der Freien Wähler von den Parteien bis heute nicht verstanden werden, was auch ein Schlaglicht auf das Politikverständnis der Parteien wirft.

7. Mut, das Privileg der Demokratie

Im politischen Alltag gehört Mut dazu, sich zum Optimismus und entgegen dem Zeitgeist zum scheinbar Unvernünftigen zu bekennen. Berthold Brecht nannte diesen besonderen Mut „Tapferkeit vor dem Freund“. Freie Wähler halten nichts von Murphy's Gesetz, demzufolge das, was schief gehen kann, früher oder später auch schief geht.

Natürlich haben wir Deutsche von Murphy's Gesetz gehört, aber im Gegensatz zu den Amerikanern haben die meisten von uns diese These nicht zu Ende gelesen. Es folgt dort nämlich der frohgemute typisch amerikanische Zusatz „Man findet immer jemanden, der es in Ordnung bringt.“ Den Parteien scheint unter dem Druck von Wahlanfragen zunehmend diese Mentalität abhanden zu kommen.

Mut ist das Privileg der Demokratie. Sie will



Volker Heiduk, BKB Ehrenvorsitzender

Courage als Voraussetzung für ihren Bestand. Der Politologe Jens Reich hat die Zivilcourage auf den Nenner gebracht: „Man muss auch riskieren, in die falsche Ecke gestellt zu werden.“ Dort finden wir uns z.B., wenn der Fraktionsführer der Grünen die Freien Wähler als „kommunalpolitische Ableger der CSU“ charakterisiert. Er sollte eigentlich wissen, dass freie und unabhängige Wählergruppen nach 1945 maßgebend am Wiederaufbau der Kommunen beteiligt waren, teilweise früher als die etablierten Parteien.

Ungeachtet aller Rückschläge bieten Selbstverständnis und Wurzeln auch dann für die Freien Wähler Grund genug zur Gelassenheit, wenn der CSU-Fraktionsvorsitzende ihnen Kompetenz, Programm, konzeptionelle Arbeit und Profil quer Beet abspricht. Mit dem Gründungsmotto „unabhängig – sachbezogen – bürgernah“ stützen sich die Freien Wähler auf das kürzeste, aber dafür auch aussagekräftigste Programm. Sie haben damit nicht nur hohe Kompetenz, sondern auch ein Faustpfand für weitere Erfolge in ihrer Hand. Es ist unübersehbar, dass in Bayern mancherorts panische Angst vor dem Verlust der Alleinherrschaft seltene Scheinblüten gedeihen lässt. Ungeachtet aller Meinungsumfragen für die etablierten politischen Gruppierungen sehen wir aber keinen Anlass, an unseren Überzeugungen zu zweifeln.

Volker Heiduk



Das ständig aktualisierte Programm finden Sie auf unserer Homepage unter www.bkb-bayern.de